

Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Mit den Gratisbeilagen:

„Amtlicher Anzeiger für Deutsch-Ostafrika“ und „Illustrierte Unterhaltungsbeilage“

Publikationsorgan der Wirtschaftlichen Vereinigung von Dar-es-Salaam und Hinterland, des Landwirtschaftlichen Vereins, des Wirtschaftlichen Vereins Sindi und des Wirtschaftlichen Verbandes Rufiji.

Dar-es-Salaam
14. Januar 1914

Erscheint
zweimal
wöchentlich.

Bezugspreis:

für Dar-es-Salaam vierteljährlich 4 Rp., für die übrigen Teile Deutsch-Ostafrikas vierteljährlich einschließlich Porto 5 Rp., für Deutschland und sämtliche deutsche Kolonien vierteljährlich 6 Mk., für sämtliche übrigen Länder halbjährlich 14 Mk. Amtlicher Anzeiger für Deutsch-Ostafrika, allein bezogen, vierteljährlich 8 Rp. oder 12 Mk. Bestellungen auf die D.-O.-A. Zeitung und ihre Beilagen werden von der Geschäftsstelle in Dar-es-Salaam (D.-O.-A.) und dem Büro in Deutschland, Berlin S.W. 11, Dörfnerstraße 28-29 sowie von sämtlichen deutschen und österreichisch-ungarischen Postanstalten entgegengenommen.

Anzeigengebühren:

für die obgenannte Zeitschrift 25 Heller oder 50 Pf. Mindestens für eine einmalige Anzeige 2 Rp. oder 3 Mk. Für Familienanzeigen sowie größere Anzeigenauslagen tritt eine entsprechende Preisermäßigung ein.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle in Dar-es-Salaam, Wilhelm Gillerott, Großherzog-Postbuchhändler, Berlin S.W. 30, Neue Winterfeldstr. 3a und das Büro in Deutschland, Berlin S.W. 11, Dörfnerstraße 28-29 sowie sämtliche größeren Annoncen-Expeditoren entgegen.
Telegramm-Adresse für Dar-es-Salaam: Zeitung Dar-es-Salaam.

Jahr-
gang XVI

Nr. 5

Der Abdruck unserer Originalartikel ist nur mit voller Quellenangabe gestattet.

Berliner Telegramme.

Freispruch in Zabern.

Berlin, 10. (W. Z.). Aus Straßburg wird gemeldet: Oberst Reutter und Leutnant Schad wurden freigesprochen. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Leutnant v. Forstner freigesprochen.

Berlin, 10. Jan. (W. Z.). Aus Straßburg wird gemeldet: In der Berufungsverhandlung wurde Leutnant von Forstner freigesprochen.

Aufbruch in Südafrika.

Berlin, 10. Jan. (W. Z.). Kapstadt meldet: Der Streik der Eisenbahner in Südafrika nimmt zu. Die Lage ist sehr verschärft und es fanden mehrere Dynamitanschläge gegen Züge statt. Militär, Polizei und Wäitz wurden mobilisiert. Die eingeborenen Arbeiter der Diamantminen in Jagersfontein meuterten, brachen aus der Reservation aus und versuchten die Stadt zu stürmen, die von 500 Weißen verteidigt wurde. In einem heftigen Kampf wurden sieben Eingeborene getötet, 36 verwundet sowie zwölf Weiße verwundet. Die Ordnung ist wiederhergestellt.

Die Bekämpfung der Wurmkrankheit.

„Die eingeborene Bevölkerung ist der größte Schatz unserer Kolonien.“ Das ist eine so selbstverständliche und unbestreitbare Wahrheit, daß jede Erörterung darüber überflüssig ist.

Sogar der deutsche Reichstag, dessen allzugroße Sparsamkeit in der Bewilligung von Mitteln für koloniale Zwecke sich sonst oft genug der Entwicklung der Kolonien hinderlich erweist, hat in den letzten Jahren die zur Bekämpfung der Schlafkrankheit angeforderten Mittel immer anstandslos bewilligt.

Man kann nun aber wohl der Ansicht sein, daß die Bevölkerung Deutsch-Ostafrikas noch schwerer bedroht ist durch das geradezu furchterliche Ansehen der Wurmkrankheit, als durch die Schlafkrankheit. Während bei der Schlafkrankheit darauf gerechnet werden kann, daß es möglich ist, die Suche auf diejenigen Gebiete zu beschränken, in denen die *Glossina palpalis* vorkommt, denn nur diese ist bisher mit Sicherheit als Überträger festgestellt, finden die Parasiten der Wurmkrankheiten überall, wo Menschen wohnen, die Möglichkeit ihres Gedeihens und ihrer Vermehrung.

So hat die Wurmkrankheit sich in wenigen Jahren über den größten Teil der Kolonie verbreitet und richtet überall, wo sie auftritt, furchtbare Verheerungen an, da dort, wo sie einmal eingeschleppt ist, unfehlbar in kurzer Zeit die ganze Bevölkerung verseucht wird.

Man sollte meinen, daß die Bekämpfung der Wurmkrankheit, da ihr Wesen und die Art der Übertragung genau bekannt sind, verhältnismäßig einfach sein müßte. Dem ist aber nicht so, weil allgemeine hygienische Maßnahmen und Verordnungen, die als Grundlage einer wirksamen Bekämpfung zunächst in Betracht kommen, bei einem Volke von dem Charakter und Kulturzustand des Negers mit Erfolg nicht durchzuführen sind.

Der auf die Neger ausübende Zwang, bei jeder Wohnstätte einen sauber gehaltenen Abort anzule-

gen, hat sicher sein Gutes, denn er wird dazu beitragen, den Allgemein-, Reinlichkeits- und Ordnungssinn der Schwarzen zu heben. Die Verbreitung der Wurmkrankheit könnte diese Anordnung nur dann hindern, wenn es möglich wäre, die Leute nun auch zu ausschließlicher Benutzung der schönen Aborte anzuhalten, aber das ist natürlich ganz ausgeschlossen. Wer die Verhältnisse in Deutschland auf dem Lande kennt, wird zugeben, daß eine solche Verordnung selbst dort nicht durchführbar wäre, wie viel weniger aber bei Negern und bei dem gänzlichen Mangel an Aufsichtspersonal in der Kolonie. Man denke auch daran, daß es nicht nur einigermassen denkfähige Erwachsene, sondern auch kleine Kinder und Kranke gibt und man erinnere sich an die Zustände an den Wasserstellen und Rastplätzen auf den Karawanenstrassen.

Wenn man wenigstens die ganze Bevölkerung zwingen könnte, eine feste Fußbekleidung zu tragen, aber dieses Mittel ist natürlich von vornherein ganz ausgeschlossen.

Glücklicherweise läßt sich ja das Bestehen der Wurmkrankheit mikroskopisch leicht nachweisen und mit den bekannten Mitteln (Thymol, Naphtol) ist die Heilung verhältnismäßig sehr einfach. Wenn es durchführbar wäre, die gesamte Bevölkerung der Küstenbezirke alljährlich mehrmals auf Wurmkrankheit zu untersuchen und alle infizierten Leute einer Kur zu unterziehen, würde man sicher der Seuche bald Herr werden.

Bei der derzeitigen Ausstattung der Gouvernements mit ärztlichem Personal und Geldmitteln für sanitäre Zwecke ist dieses einzig versprechende Vorgehen gegen die Wurmkrankheit allerdings unausführbar. Man darf sich nicht verhehlen, daß es einen sehr bedeutenden, in die Millionen gehenden Aufwand erfordern würde, aber hier, wenn irgendwo, ist auch der Ort, wo das deutsche Volk mit privaten und für die öffentliche Wohlfahrt bereitgestellten Mitteln eingreifen müßte. Die schon bestehende Wohlfahrtslotterie käme zuerst in Frage, man sollte aber doch überlegen, ob es nicht möglich wäre, eine besondere Koloniallotterie zur Erhaltung und Hebung der eingeborenen Bevölkerung zu schaffen. Die farbigen Klassen unserer Kolonien sind fast überall in ihrer Volksvermehrung stark bedroht. Die ungeheure Wichtigkeit der Frage erfordert es, daß kein Mittel unversucht bleibt, sie zu erhalten.

Um die Aufmerksamkeit gerade auch auf die so überaus verderbliche Wurmkrankheit zu lenken, ist es vielleicht zunächst zweckmäßig, wenn das Gouvernement in seinem Etat Mittel dafür in einem gesonderten Posten anforderte.

Die Regierung also muß zuerst den Kampf gegen die Wurmkrankheit mit allen Mitteln, erheblich größeren Mitteln als bisher, führen, es ist aber ohne Weiteres klar, daß sie diesen Kampf nur dann mit Erfolg führen kann, wenn sie dabei von der europäischen Bevölkerung, insbesondere von den Pflanzern, energisch unterstützt wird.

Man hört oft von amtlicher Seite, daß vielfach auf den Pflanzungen die hygienische Fürsorge für die Arbeiterschaft zu wünschen übrig läßt. Das mag leider in manchen Fällen zutreffen, andererseits gibt es aber auch eine Menge von Pflanzern und besonders auch von Pflanzern, die sich die Gesundheit ihrer Arbeiter und der umwohnenden Eingeborenenbevölkerung viel mehr angelegen sein lassen, als die Arbeiterverordnung oder irgend eine Vorschrift von ihnen verlangt.

Nichts würde verkehrter sein, als wenn das Gouvernement den Pflanzern in der Arbeiterfürsorge weitere Opfer auferlegen wollte. Solche Verordnungen würden nur böses Blut machen und ihr Erfolg würde der sein, daß den Pflanzern, die jetzt mehr tun, als von ihnen verlangt werden kann, die Lust dazu genommen würde.

Viele Pflanzern denken etwa folgendermaßen: Wozu soll ich für meine Arbeiter und die Bevölkerung mehr tun, als ich unbedingt muß, wenn ich nachher zu Zeiten, wo ich dringend Arbeiter brauche, wo einige Duzend Hände mehr vielleicht meine wirtschaftliche Existenz bedeuten, doch ohne Leute dasigel!

Man wird zugeben müssen, daß dieser Standpunkt seine Berechtigung hat. Man kann von der Pflanzerschaft, die so schon fast durchweg mit schweren wirtschaftlichen Sorgen zu kämpfen hat, nicht verlangen, daß sie ausschließlich aus ideellen Gründen für die eingeborene Bevölkerung Aufwendungen macht.

Nur dann, wenn der Pflanzern damit rechnen kann, daß die durch seine Bemühungen erhaltene Arbeitskraft ihm auch zu gute kommt, darf von ihm verlangt werden, daß er mehr als bisher in hygienischer Fürsorge leistet.

Es soll hier noch darauf hingewiesen werden, daß auch die Verlängerung der Arbeitsverträge von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet werden muß. Der Pflanzern hat ein ganz anderes Interesse daran, sich einen Stamm, der ihm mehrere Jahre zur Arbeit verpflichtet ist, gesund und kräftig zu erhalten, wie Leute, die nach wenigen Monaten wieder fortziehen und die er in den meisten Fällen nie wieder sieht. Es wäre dann allerdings im Interesse der Volksvermehrung notwendig, daß solche Leute mit langfristigen Arbeitsverträgen auch ihre Frauen mit auf die Pflanzung bringen.

Die Forderungen, welche aufgestellt werden müssen, sind diese: Latkräftige Bekämpfung der Wurmkrankheit durch alle Regierungsorgane mit erheblich verstärktem Aufwand von Geld und Personal. Mitwirkung der europäischen Bevölkerung, der als Entschädigung für ihre Aufwendungen eine wirksamere Unterstützung bei der Arbeiterbeschaffung zu gewähren ist.

Civis.

Verteidigung der Usumbwa-Bahn.

In Entgegnung auf die Artikel „Nochmals die Urundi-Kuanda-Bahn“ in No. 84 bis 86 der D. O. Z., in denen mir vorgeworfen wird, vor allem das Allgemeininteresse bei Besprechung der Bahntrasse außer Acht gelassen zu haben, möchte ich noch einmal mit meinen Ansichten vor die Öffentlichkeit treten. Nach meiner Meinung müßte eine Bahn, die dem Allgemeininteresse dienen soll, vor allem die Länder durchqueren oder berühren, die für die Gegenwart wie für die Zukunft die meisten Frachten für die Bahn zu liefern im Stande wären. Hand in Hand hiermit müßte dann die Trasse gewählt werden, die dem Bahnbau die geringsten Schwierigkeiten verursacht.

Wenn der Herr Schreiber der oben angeführten Artikel meine Angaben für unrichtig anspricht, so bestreite ich, daß dieser Herr die von mir angeführten Gegenden kennt; oder aber diese Gegenden müßten sich mit den Jahren derartig zu ihren Gunsten geändert haben, daß eben seine Ansichten von früher nicht mehr maßgebend sein können.

Und nun Usumbwa. Das, was als Usumbwa auf den meisten Landkarten bezeichnet ist, kann heute rückhaltlos nicht mehr Usumbwa genannt werden. Die Sultanate Usumbwa, Ujowa, Wangwa, Ugomba, Utambala und Ushikombo sind heute in der Mehrzahl von Wasawi bewohnt, die die Wasumbwa nach Südosten zu verdrängt haben. Dieser Zug von Wasawi ist so groß, daß trotz der bedeutenden Abwanderung der Wasumbwa aus den angeführten Ländern die Kopfsteuer ständig im Steigen ist, während sich in Usumbwa die Auswanderung merklich fühlbar macht, und daß die Verkehrs-